

Kommentar

Aserbaidsschan, Kirgisistan und Turkmenistan gehören nicht zu den Hauptempfängerländern deutscher Rüstungsexporte. In den vergangenen Jahren lieferte Deutschland regelmäßig Jagd- und Sportwaffen mit dazugehöriger Munition sowie Bombenschutzanzüge nach Kirgisistan. Aserbaidsschan erhielt, in geringem finanziellem Umfang, insbesondere Geländewagen mit Sonderschutz aus deutscher Produktion. Im Juni 2018 unterzeichnete der Rüstungskonzern Rheinmetall auf der Pariser Rüstungsmesse Eurosatory jedoch eine Absichtserklärung über eine künftige bilaterale Kooperation mit der Kaukasusrepublik, gegen die seit 1992 aufgrund der Beteiligung am Bergkarabach-Konflikt ein Waffenembargo der OSZE besteht.

Der im Vergleich mit Abstand größte Abnehmer deutscher Rüstungsgüter ist Turkmenistan, das laut SIPRI Arms Transfers Database (Stand: April 2022) zwischen 2017 und 2021 an 48. Stelle unter den weltweit größten Waffenimporteuren rangiert. So erhielt der zentralasiatische Staat Kommunikations- und Navigationsausrüstung, Identifikationssysteme, Ausrüstung für elektronische Gegen- und Schutzmaßnahmen, Sicherheitsstahl, Flugabwehrsysteme sowie Teile für Kampfflugzeuge und Kampfschiffe in ein- bis zweistelliger Millionenhöhe. Die vom Volumen her höchsten genehmigten deutschen Rüstungsexporte nach Turkmenistan entfielen mit insgesamt 39,32 Millionen Euro auf das Jahr 2013. Turkmenistan ist zugleich der einzige Staat, der in den vergangenen zehn Jahren Großwaffensysteme aus Deutschland importierte. So wurden 2011 zehn D-2848 Dieselmotoren für österreichische Survivor-2 Mannschaftstransporter und 2014 zwölf MTU-4000 Dieselmotoren für sechs schnelle Angriffsboote aus der türkischen Dearsan-Werft bestellt, die von MTU in Friedrichshafen produziert und zwischen 2015 und 2017 ausgeliefert wurden. Zusätzlich gelangte über den Re-Export Italiens deutsche Rüstungstechnik (Teile für gepanzerte Fahrzeuge) nach Turkmenistan. Die Lieferung von Granatwerfern und Gewehren wurde der Schmeisser GmbH 2010 untersagt. 2021 wurden laut SIPRI-Datenbank vier MAN-18V Dieselmotoren aus Deutschland geliefert, die für eine türkische C-92 Fregatte bestimmt sind.

Bedeutung deutscher Waffensysteme für die Region

Tabelle 2

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen in die Region 2017-2021, Mio. USD

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Aserbaidsschan	290	365	44	28	-	727
Kirgisistan	13	1	15	-	-	29
Turkmenistan	97	-	-	-	359	456

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 3

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen in die Region 2017-2021, Mio. USD

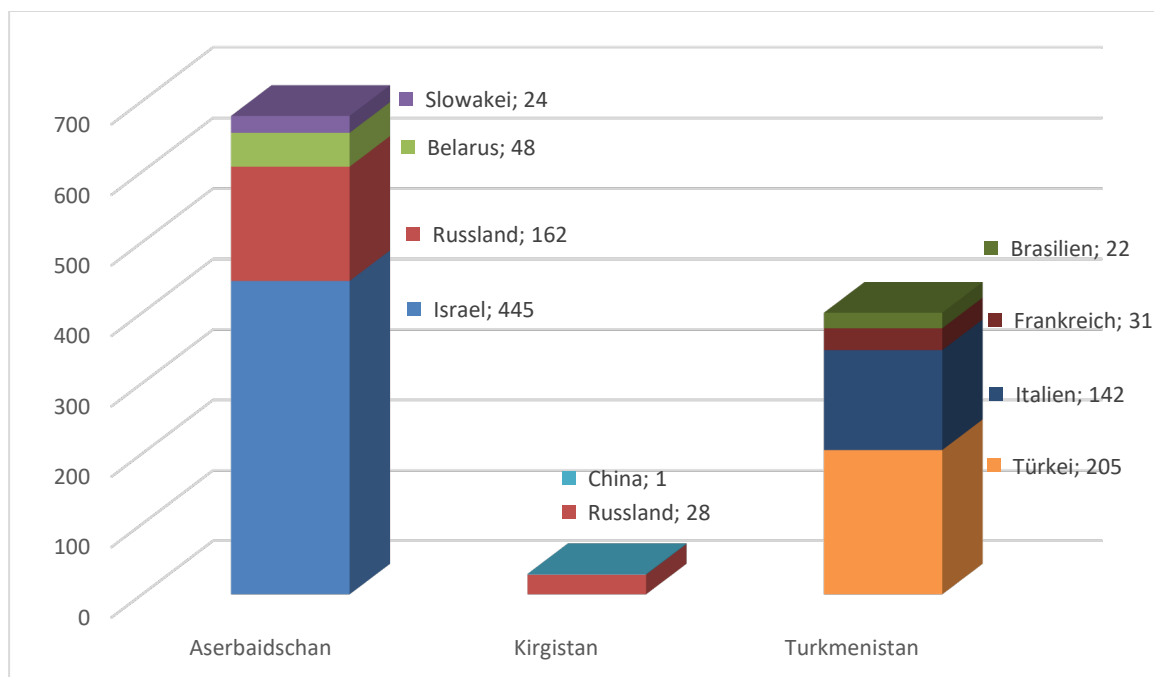
Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Aserbaidshon	-	-	-	-	-	-
Kirgisistan	-	-	-	-	-	-
Turkmenistan	8	-	-	-	6	14

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 3

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen zwischen 2017-2021, in Mio. US-Dollar



Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Für Turkmenistan zählte in den letzten fünf Jahren die Türkei und Italien zu den wichtigsten Rüstungslieferanten: Die Türkei etwa lieferte 2021 eine C-92 Fregatte, die in Lizenz in Turkmenistan hergestellt wird; Deutschland lieferte hierfür im selben Jahr die entsprechenden MAN-18V Dieselmotoren. Außerdem lieferte die Türkei seit 2013 acht

YTBK Patrouillenboote, sechs Dearsan 33m Schnellboote und insgesamt 139 gepanzerte Fahrzeuge vom Typ Cobra und Kirpi. 2020 orderte Turkmenistan zudem drei Bayraktar TB-2 (bewaffnete Drohnen), die 2021 vollständig geliefert wurden. Turkmenistan war im Jahr 2021 wichtigster Abnehmer türkischer Rüstungsgüter. Auch China lieferte bewaffnete Drohnen: seit 2015 jeweils zwei CH-3 und WJ-600. Daneben exportierte China vornehmlich Luftabwehrraketen und entsprechende Abschussvorrichtungen hierfür sowie zwei Luftraumsuchradare. Italien, als zweitwichtigster Lieferant für Turkmenistan, lieferte seit 2013 neun Marinegeschütze, sechs Leichthelikopter (A-109K), zwei Transportflugzeuge (C-27J Spartan), 25 Schiffsabwehrraketen des Typs Marte-2 für die türkischen Schnellboote und 15 des Typs Otomat-2 für die türkische Fregatte, ein Kronos Multifunktionsradar sowie sechs Kampfflugzeuge (M-346FA). Auch aus Brasilien erhielt Turkmenistan Trainings- und Kampfflugzeuge (fünf EMB-314 Super Tucano). Aus Frankreich und weiteren Ländern bezog es überwiegend Luftabwehrraketen (inkl. entsprechender Systeme) und wenige gepanzerte Fahrzeuge.

Für Kirgistan war, abgesehen von einer Schenkung von sechs gepanzerten Fahrzeugen vom Typ Tiger durch China im Jahr 2019, Russland der einzige Waffenlieferant zwischen 2017 und 2021. 2021 orderte Kirgistan zwar drei bewaffnete Bayraktar TB-2 Drohnen, deren Lieferung ist jedoch erst ab 2022 geplant. Kirgistan importiert im regionalen Vergleich nur in sehr geringem Umfang Großwaffensysteme. Unter den Importen aus Russland finden sich jedoch zehn D-30 Haubitzen, 60 BTR-70 Schützenpanzer, zwei leichte Transportflugzeuge vom Typ Anatonow An-26, neun gepanzerte Aufklärungsfahrzeuge vom Typ BRDM-2, vier Mi-8MT Transporthubschrauber sowie zwei Luftraumsuchradare (alle gebraucht und russische Schenkung). Laut SIPRI lag Kirgisistan zwischen 2017 und 2021 im Ranking der weltweit größten Waffenimporteure lediglich an 111. Stelle.

Aserbaidschan hingegen steht in diesem Ranking im gleichen Zeitraum auf Platz 37. Es importierte in den vergangenen fünf Jahren konventionelle Großwaffensysteme in einem finanziellen Umfang von rund 727 Millionen US-Dollar, wovon rund 61 Prozent aus Israel stammten. So erhielt Aserbaidschan in den vergangenen Jahren hochmoderne Waffensysteme aus Israel, darunter zehn Orbiter-3 und zwei Hermes-900 Drohnen. Die kleine Orbiter-Drohne wird auch in verschiedenen Versionen mit Lizenz in Aserbaidschan produziert. Zudem lieferte Israel zwischen 2015 und 2018 sechs OPV-62 Schnellboote. Bereits zwischen 2014 und 2015 waren sechs solcher Schnellboote (Shaldag) geliefert worden. Seit 2016 lieferte es außerdem hunderte Flugabwehr- und Panzerabwehrraketen sowie entsprechende Abschussvorrichtungen. Als zweitwichtigster Rüstungslieferant Aserbaidschans in den Jahren 2017 bis 2021 belieferte Russland den Staat der einstigen Sowjetrepublik unter anderem mit 76 BTR-82A Schützenpanzern, 24 Khrizantema Jagdpanzern sowie 800 Panzerabwehrraketen. Zwischen 2010 und 2015 lieferte Russland bereits 66 Mi-8MT Transporthelikopter, 118 BMP-3 Schützenpanzer sowie 100 T-90S Panzer. Nach einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin im September 2018 bekräftigte der aserbaidschanische Staatschef Ilham Aliyev, dass die Ex-Sowjetrepublik ihre Armee auch zukünftig weiter umfangreich mit russischen Waffen modernisieren möchte. Medienberichten zufolge belief sich der Wert der russischen Waffenlieferungen an Ascherbaidschan bereits in den Jahren 2010 bis 2015 auf über 4 Mrd. Euro.

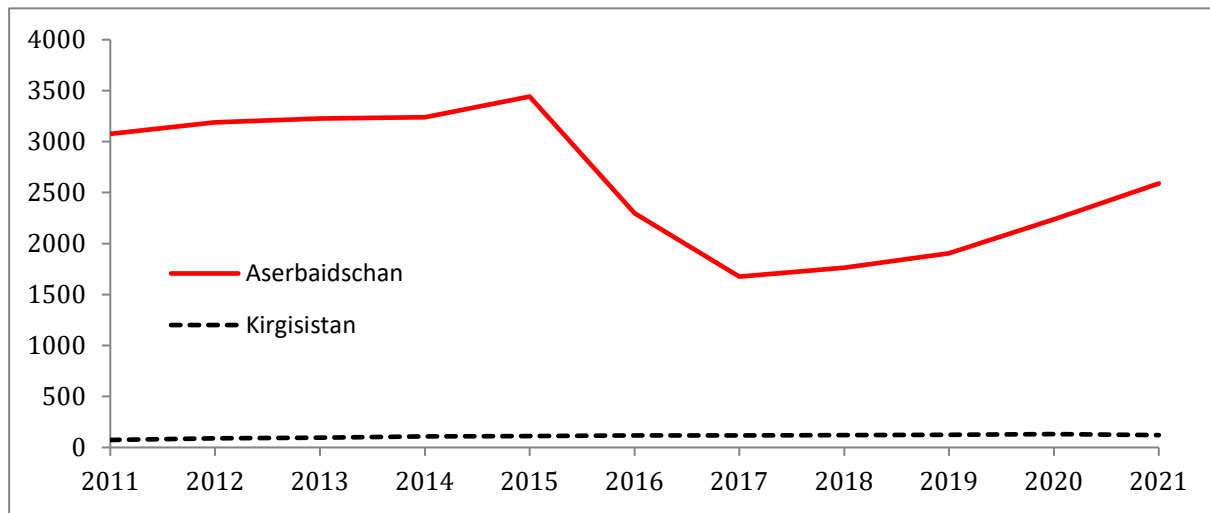
Militärausgaben

Tabelle 4
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)					
Aserbaidtschan	1676	1763	1905	2238	2589
Kirgisistan	119	122	124	131	120
Turkmenistan	-	-	-	-	-
Anteil am BIP (in Prozent)					
Aserbaidtschan	3,8	3,6	3,9	5,4	5,3
Kirgisistan	1,6	1,6	1,6	1,8	1,7
Turkmenistan	-	-	-	-	-
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)					
Aserbaidtschan	10,6	10,7	11,9	13,0	14,2
Kirgisistan	4,3	4,6	4,5	4,9	4,4
Turkmenistan	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

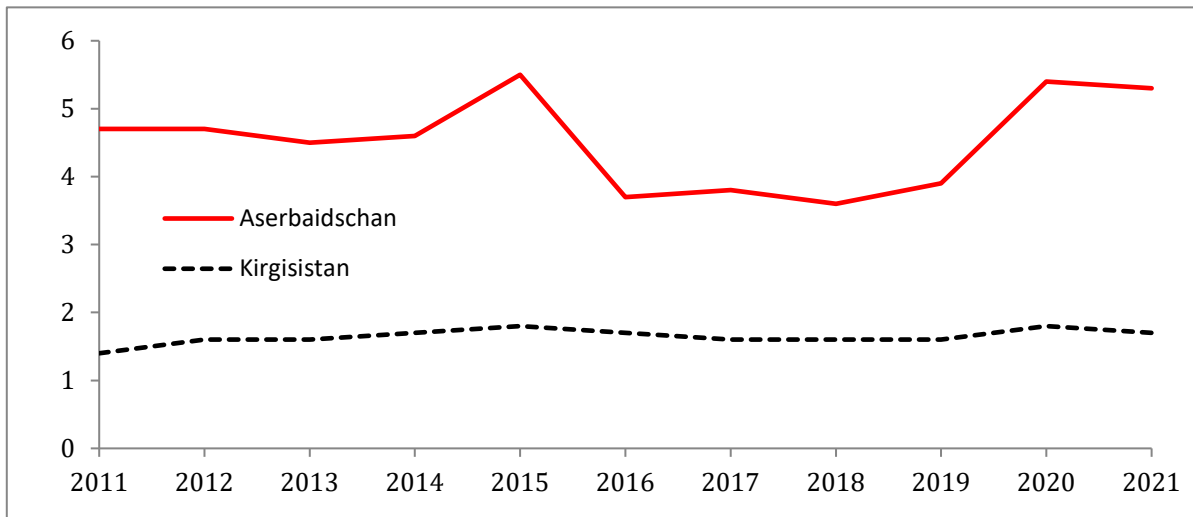
Schaubild 4
Absolute Militärausgaben, Trend 2011 – 2021 in Mio. USD



Für die turkmenischen Militärausgaben wurden keine Zahlen von SIPRI veröffentlicht. Alle Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr. Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 5

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2011 – 2021 (in Prozent)



Für die turkmenischen Militärausgaben wurden keine Zahlen von SIPRI veröffentlicht. Alle Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr. Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht:

Aserbaidtschan: Ja; 18 Monate (12 Monate für Graduierte)

Kirgisistan: Ja; 18 Monate

Turkmenistan: Ja; 24 Monate

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

Aserbaidtschan:

66.950 aktive Streitkräfte
 Heer: 56.850
 Luftwaffe: 7.900
 Marine: 2.200

Paramilitärs: 15.000
 Reserve: 300.000

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kirgisistan:

10.900 aktive Streitkräfte
 Heer: 8.500
 Luftwaffe: 2.400

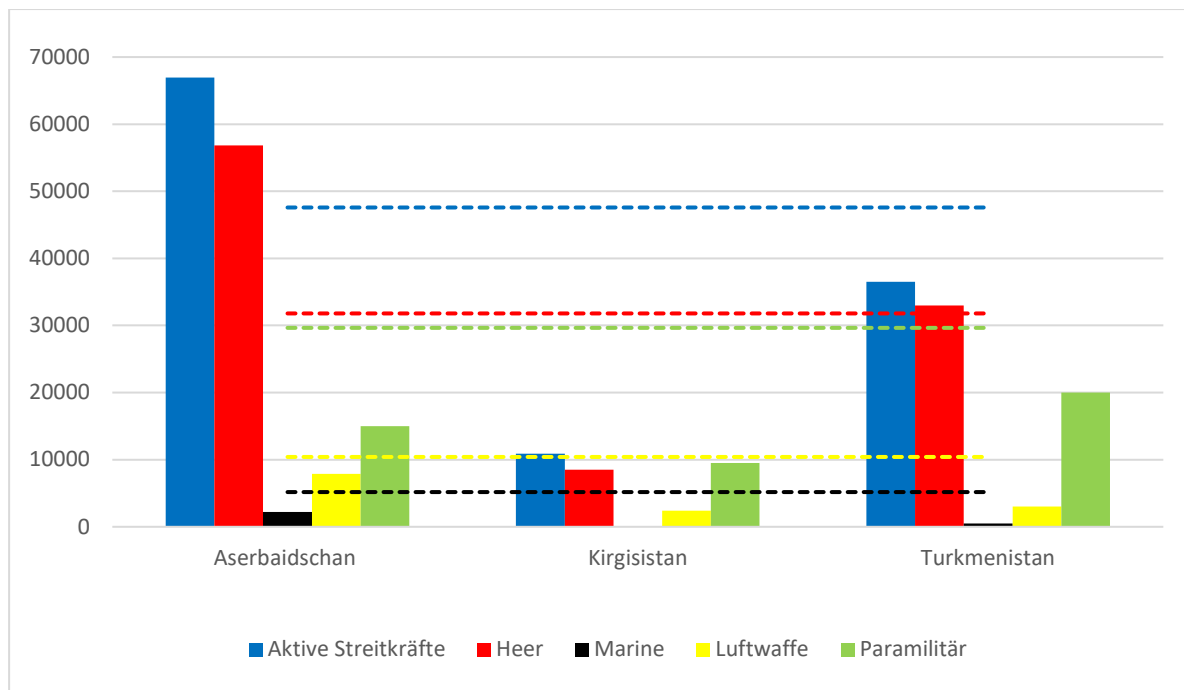
Paramilitärs: 9.500

Turkmenistan:

36.500 aktive Streitkräfte
 Heer: 33.000
 Luftwaffe: 3.000
 Marine: 500

Paramilitärs: 20.000

Schaubild 7

Gesamtstärke der Streitkräfte im Vergleich, 2021

Die gestrichelte Linie veranschaulicht den jeweiligen Durchschnitt in der eurasischen Region. Bei der Berechnung dieses Durchschnittswerts wurden dabei folgende Länder berücksichtigt: Armenien, Aserbaidtschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan und die Ukraine. Aufgrund ihrer enormen Truppenstärke und der damit einhergehenden Verschiebung wurde auf die Berücksichtigung des russischen Militärs bewusst verzichtet. Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Nach Russland und der Ukraine weist Aserbaidtschan 2021 mit fast 2,6 Milliarden US-Dollar im regionalen Vergleich die höchsten Militärausgaben der GUS-Staaten auf, obwohl es zu den eher kleineren ehemaligen Sowjetrepubliken zählt. Der Ölexporteur Aserbaidtschan investierte in den vergangenen Jahren durchgehend rund 4 Prozent des BIPs und über 10 Prozent der Staatsausgaben in den militärischen Sektor. 2020 stieg der Anteil mit 5,4 Prozent des BIPs und 12,7 Prozent der Staatsausgaben noch einmal deutlich an. Insbesondere seit 2010 stiegen die Militärausgaben im Zuge wechselseitiger verbaler Provokationen und militärischer Konfrontationen mit Armenien – primär in der südkaukasischen Region Bergkarabach – deutlich an. Seit 2011 erlaubten große Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgasexport eine enorme Aufstockung des Militärbudgets. Die Kampfhandlungen mit dem armenischen Militär setzten sich in regelmäßigen Abständen fort. Im April 2016 etwa starben bei viertägigen Kämpfen 92 armenische und 31 aserbaidtschanische Soldat:innen. 2020 kam es im offen ausgetragenen Krieg zu den bisher schwersten Kämpfen zwischen Aserbaidtschan und Armenien seit 1994, bei denen tausende Menschen starben. Die Spannungen zwischen beiden Staaten sind nach wie vor persistent. Durch den jahrzehntelangen Konflikt mit

Armenien ist das aserbaidische Militär kampferprobt. Die veraltete Militärtechnik der ehemaligen Sowjetunion, die bei der Gründung 1991 zum größten Teil in den Besitz der aserbaidischen Streitkräfte übergegangen war, wurde durch moderne im Inland produzierte oder aus dem Ausland importierte Waffensysteme ersetzt. So wurde, als Folge der ständigen Gefechtsbereitschaft an der westlichen Landesgrenze, das militärische Equipment aller Teilstreitkräfte einer umfassenden Modernisierung unterzogen. Neben Soldat:innen befinden sich in Bergkarabach derzeit moderne Kampfpanzer sowie Aufklärer und Schützenpanzer, Artilleriesysteme sowie Kampf- und Mehrzweckhubschrauber. Die Gesamtstärke des Militärs sowie des Heers und der Marine liegt deutlich über dem regionalen Durchschnitt. Der Binnenstaat am Kaspischen Meer verfügt mit 300.000 Personen zusätzlich über eine große Anzahl militärisch ausgebildeter Reservist:innen. Dem Innenministerium unterstehen weitere 15.000 paramilitärische Einheiten, darunter der staatliche Grenzschutz inklusive Küstenwache (rund 5.000 Paramilitärs) sowie die Truppen des Inneren (über 10.000 Paramilitärs). Militärisch kooperiert Aserbaidschan eng mit der Ukraine, den USA, Pakistan und insbesondere der Türkei. So werden die Eliteeinheiten des Heeres von türkischen Offizier:innen ausgebildet. Seit 2013 ist Aserbaidschan neben der Türkei, Kirgisistan und der Mongolei Mitglied der Eurasien-Sondereinheit mit militärischem Status, kurz TAKM. Aserbaidschan ist Mitglied in der GUAM-Allianz und der Partnerschaft für den Frieden der NATO. Im Rahmen dieser Partnerschaft beteiligte sich Aserbaidschan mit 120 Soldat:innen an der ISAF-Folgemission Resolute Support in Afghanistan und entsandte zudem Truppen in den Kosovo und den Irak.

Turkmenistans Militärdoktrin von 2016 wiederum enthält ein klares Verbot für den Einsatz der Streitkräfte außerhalb der eigenen Landesgrenzen. Darüber hinaus proklamiert sie erneut die Neutralität Turkmenistans. Auf die Beteiligung an internationalen politisch-militärischen Bündnissen und Blöcken wird verzichtet, um an keiner Form regionaler Rivalität beteiligt zu sein. Präsident Berdymuhamedow ist bestrebt, die Armee zu modernisieren. Denn ähnlich wie andere GUS-Staaten hat auch Turkmenistan nach dem Zusammenbruch der UdSSR die sowjetische Militärinfrastruktur weitestgehend übernommen. Die ehemalige sowjetische Divisionsstruktur des Heeres wird derzeit in ein modernes Brigade-System transferiert, auch wenn der Fortschritt hier als langsam zu bezeichnen ist. Die Gesamtstärke der Streitkräfte, primär der Bodentruppen, wurde seither deutlich erhöht. Verfügte das turkmenische Militär 2008 noch über 22.000 Soldat:innen, lag die Anzahl der aktiven Streitkräfte 2021 bei 36.500. Zusätzlich wurden in der Militärdoktrin von 2016 qualitative und quantitative Defizite im militärischen Equipment identifiziert und geplante Neubeschaffungen für die Luftwaffe und die Marine verankert, um die Präsenz der Marine im Kaspischen Meer zu erhöhen. Hierzu unterzeichnete Turkemistan im Oktober 2019 auch ein Memorandum of Understanding mit weiteren kaspischen Anrainerstaaten und erwarb Kampf- und Aufklärungsdrohnen aus China und im Jahr 2021 aus der Türkei. Auch die Verteidigungsfähigkeit des paramilitärischen Grenzschutzes soll ausgebaut werden, um die territoriale Integrität an der afghanischen Landesgrenze zu verteidigen. Das größte Problem der turkmenischen Verteidigung bleibt die mangelhafte Qualifizierung des Militärpersonals, sodass die turkmenischen Streitkräfte, trotz moderner Kampfjets und -panzer, insgesamt durch eine niedrige Einsatzfähigkeit gekennzeichnet sind.

Die kirgisische Armee ist die kleinste und schwächste in der zentralasiatischen Region und zählt 10.900 aktive Soldat:innen. Auch wenn Kirgisistan 2021 nur 120 Millionen US-Dollar in sein Militär investierte, liegt dieser Haushaltsposten mit rund 1,7 Prozent des nationalen BIPs lediglich etwas unter dem regionalen Durchschnitt. Neben dem Heer und der Luftwaffe verfügt Kirgisistan über einen Grenzschutz (5.000 Paramilitärs), Interne Truppen (3.500 Paramilitärs) sowie eine Nationalgarde (1.000 Paramilitärs). Insgesamt haben die kirgisischen Streitkräfte eine geringe Desertionsquote, trotz eines niedrigen Ausbildungs- und Ausstattungsniveaus sowie einer niedrigen Besoldung. Die Militärdoktrin vom Juli 2013 enthielt detaillierte Pläne zur Reform der Streitkräfte mit verbesserten Führungsstrukturen, effektiver militärischer Logistik und einem modernen Luftverteidigungssystem. Bis heute scheint es diesbezüglich allerdings nur wenige Fortschritte gegeben zu haben. Indes existiert eine enge strategische Partnerschaft mit und Abhängigkeit von Russland. Kirgisistan ist Mitglied Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) sowie in der von Russland angeführten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) und nimmt auch an Militärübungen der OVKS teil. Russland unterhält zudem einen Luftwaffenstützpunkt in Kirgisistan – Gespräche über einen möglichen zweiten Stützpunkt sind derzeit im Gange.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 5

Heer

Waffenkategorien	Aserbaidschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Schwere Panzer	437	150	654
Aufklärer	15	39	Mehr als 260
Schützenpanzer	215	320	1050
Gepanzerte Mannschaftstransporter	568	55	Mehr als 907
Artillerie	630	228	769
Panzerabwehr	Mehr als 10	Mehr als 36	Mehr als 118
Drohnen	-	-	-
Luftabwehr	Einige	Mehr als 48	Mehr als 123
Raketen	6	-	Einige

Quelle: IISS Military Balance 2022

Tabelle 6

Marine

Waffenkategorien	Aserbaidshan	Kirgisistan	Turkmenistan
Patrouillenboote	11	-	5
Davon Korvetten	1	-	1
Minenboote	4	-	-
Amphibienfahrzeuge	6	-	-
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	3	-	1

Quelle: IISS Military Balance 2022

Tabelle 7

Luftwaffe

Waffenkategorien	Aserbaidshan	Kirgisistan	Turkmenistan
Jagdbomber	15	-	24
Kampfflugzeuge	21	-	31
Transportflugzeuge	4	6	5
Ausbildungsflugzeuge	15	4*	13 (davon 11*)
Kampfhubschrauber	26	2	10
Transporthubschrauber	24	8	Mehr als 11
Mehrzweckhubschrauber	Mehr als 20	4	Mehr als 2
Drohnen	Mehr als 7	-	Mehr als 6
Lenkwaffen	-	-	Einige
Raketen	Einige	-	Einige
Luftabwehr	Einige	Einige	38

Die mit einem * versehenen Werte kennzeichnen kampffähige Ausbildungsflugzeuge.

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 2

Paramilitärische Einheiten

Aserbaidshchan:

Grenzschutz:

- 168 Schützenpanzer
- 19 gepanzerte Mannschaftstransporter
- 3 Artilleriegeschütze
- 24 Kampfhubschrauber
- 40 Transportflugzeuge
- Mehr als 7 Drohnen (Hermes 450/900)
- Einige Lenkwaffen (Loitering Munition)

Küstenwache:

- 19 Patrouillenboote
- 4 Logistik- und Unterstützungsschiffe

Interne Truppen:

- 7 gepanzerte Mannschaftstransporter

Kirgisistan verfügt zwar über paramilitärische Einheiten (Grenzschutz, Interne Truppen, Nationalgarde), genauere Informationen zu deren Bewaffnung macht das IISS allerdings nicht.

Quelle: IISS Military Balance 2022

Turkmenistan:

Grenzschutz:

- 33 Patrouillenboote
- 1 Amphibienfahrzeug
- 2 Mehrzweckhubschrauber
- Mehr als 3 Transporthubschrauber
- 8 gepanzerte Mannschaftstransporter
- Interne Truppen
- Mehr als 2 Schützenpanzer
- 9 gepanzerte Mannschaftstransporter
- 4 Pinoierpanzer

Box 3

Peacekeeping

	Südsudan (UNMISS)	Sudan (UNISFA)
Aserbaidshchan	2 Soldat:innen	-
Kirgisistan	2 Soldat:innen	1 Soldat:in
Turkmenistan	-	-

Quelle: IISS Military Balance 2022

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 8

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierungen, gemessen am BIP (in %)

	2016	2017	2018	2019	2020
Aserbaidsschan	2,0	1,8	1,8	2,0	2,9
Kirgisistan	-	-	-	-	-
Turkmenistan	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Die Polizei Aserbaidsschans untersteht dem Innenministerium. Aufgrund der geringen Bezahlung der Polizist:innen sind Korruption und Erpressung weit verbreitet. Ein im Juli 2018 veröffentlichter Bericht des Europarates verurteilt die aserbaidsschanischen Sicherheitskräfte für die Anwendung von Folter. So wurden in Gefängnissen und Polizeianstalten hunderte Fälle von Folter und anderen Misshandlungen dokumentiert, einige mit Todesfolge. Human Rights Watch verweist in seinem Report von 2020 darauf, dass die Polizei unter massiver Gewaltanwendung gegen Menschenrechtler:innen, Kulturschaffende, politische Aktivist:innen und regierungskritische Journalist:innen vorgeht. Hierbei werden Human Rights Watch zufolge Beschwerden über Folter und Misshandlung in Polizeigewahrsam in der Regel abgewiesen, wodurch ein Klima an Straflosigkeit entstanden ist und eine derartige Praxis ungehindert fortbesteht.

Schlechte Bezahlung, Ausbildung und Ausstattung kennzeichnen auch die Situation der kirgisischen Polizei. Das Innenministerium arbeitet seit 2004 an einer von der OSZE initiierten Reform der Sicherheitsbehörden, 2013 wurde eine weitere Reform initiiert. Dennoch kommt es noch immer bei friedlichen zivilgesellschaftlichen Demonstrationen, die sich meist gegen negative innenpolitische Entwicklungen richten, zu gewaltsamen Zusammenstößen mit den Sicherheitsbehörden. Politische Gegner:innen werden dabei willkürlich wegen Delikten wie Verkehrsbehinderung von der Polizei festgenommen und teilweise im Gefängnis gefoltert. Zur Auflösung von Massenprotesten wurden in der Vergangenheit auch Schusswaffen eingesetzt. So wurden im April 2010 beispielsweise 80 Demonstrierende bei Protesten gegen das Regime des damaligen Präsidenten Bakijew getötet. Auch Anti-Terror-Einsätze fordern vermehrt zivile Opfer. Die weit verbreitete Korruption hat das Vertrauen in die Polizei stark erschüttert. Das Geschäft privater Sicherheitsfirmen floriert. Derzeit existieren in Kirgisistan mehr als 400 private Sicherheitsfirmen, deren Mitarbeiter:innen mit Schusswaffen ausgestattet sind.

In Turkmenistan gehört die Polizei, neben Militär und Geheimdienst, zu den größten Arbeitgebern des Landes. Sie dient Präsident Berdymuhamedow zum Machterhalt in einem der repressivsten und abgeriegeltesten Ländern der Welt. Politische Gegner:innen werden misshandelt, verhaftet oder verschwinden. Personen in Untersuchungshaft und

Gefangene werden von den Sicherheitsbehörden gefoltert und misshandelt, in manchen Fällen führte dies zu ihrem Tod. Innerhalb des Staats- und Polizeiapparates ist Korruption weit verbreitet. Transparency International zählt Turkmenistan zu den 15 korruptesten Nationen der Erde. Die fast sechs Millionen Einwohner:innen des Landes stehen unter der umfassenden Kontrolle und Beobachtung des staatlichen Repressionssystems. Regimefeindliche Aktivitäten werden von den Polizeikräften im Keim erstickt.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Aserbaidshan	Kirgisistan	Turkmenistan
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Möglicherweise kritisch	Möglicherweise kritisch	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch	Kritisch	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch	Möglicherweise kritisch	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch	Nicht kritisch	Nicht kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch	Nicht kritisch	Nicht kritisch
6. Verhalten in der int. Gemeinschaft	Kritisch	Möglicherweise kritisch	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch	Kritisch	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch	Möglicherweise kritisch	---

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Box 4

Bestehende Waffenembargos gegen Aserbaidshan, Kirgisistan und Turkmenistan

Im Zuge des bewaffneten Konflikts zwischen Armenien und Aserbaidshan in der Region Bergkarabach verabschiedete der VN-Sicherheitsrat im Juli 1993 die Resolution 853. Diese Resolution forderte die Mitgliedsstaaten auf von Waffen- und Munitionslieferungen abzusehen, die zu einer Verschärfung des Konflikts oder der fortgesetzten Besetzung des Territoriums führen könnten. Da der Sicherheitsrat das nicht zwingende UN-Embargo seit 2002 nicht mehr aufführt, wird davon ausgegangen, dass das Embargo gegen Aserbaidshan nicht mehr aktiv ist. Dennoch existiert gegenwärtig weiterhin das im Februar 1992 formulierte Ersuchen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) an die Mitgliedsstaaten, gegen die Konfliktparteien im Bergkarabachkonflikt nationale Waffenembargos zu verhängen. In Deutschland besteht seither ein Waffenembargo gegen Aserbaidshan. Gegen Kirgisistan und Turkmenistan bestehen derzeit keine Waffenembargos der Europäischen Union, Vereinten Nationen oder OSZE.

Quelle: SIPRI: Arms Embargo Database

Tabelle 9

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von 1970	✓	✓	✓
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	✓	✓	✓
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	✗	✗	✓
Chemiewaffen-Konvention von 1997	✓	✓	✓
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	✗	✗	✓
The Hague Code of Conduct 2002	✓	✗	✓
Übereinkommen über Streumunition von 2010	✗	✗	✗
Der Internationale Waffenhandelsvertrag 2014	✗	✗	✗

Quelle: SIPRI: *Yearbook, Armaments, Disarmament and International Security*

Kommentar

Alle drei Staaten sind mit dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, der Biowaffen- sowie der Chemiewaffen-Konvention den drei wichtigsten internationalen Verträgen zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen beigetreten. Anders sieht es hingegen im Hinblick auf die Begrenzung konventioneller Waffen und speziell im Bereich der humanitären Rüstungskontrolle aus. So hat bislang nur Turkmenistan die Anti-Personenminen-Konvention ratifiziert. Dem Übereinkommen über Streumunition ist keines der drei Länder beigetreten. Dasselbe gilt auch für den Internationalen Waffenhandelsvertrag von 2014.

Aserbaidtschan produziert und exportiert nach eigener Auskunft keine Anti-Personenminen und auch keine Streumunition; verfügt aber in beiden Waffenkategorien noch über Bestände aus der Sowjetzeit. Es hat 1994 Anti-Personenminen im Konflikt mit Armenien eingesetzt und auch die Möglichkeit eines zukünftigen Einsatzes nicht ausgeschlossen. Laut dem Landmine & Cluster Munition Monitor gibt es glaubwürdige Beweise dafür, dass Aserbaidtschan im Zuge der Kämpfe 2016 und 2020 in der Region Bergkarabach diverse Typen von bodengestützten Raketen mit Streumunition eingesetzt hat. Untersuchungen von Amnesty International zufolge liegen Beweise vor, dass durch den aserbaidtschanischen Einsatz von un gelenkter Artillerie, Mehrfachraketenwerfern und Streumunition im Konflikt mit Armenien zwischen September und November 2020 zahlreiche Zivilist:innen getötet wurden.

Kirgisistan produziert und exportiert keine Minen und auch keine Streumunition, verfügt aber ebenfalls noch über Altbestände an Anti-Personenminen aus der Zeit der

Sowjetunion. Auch Turkmenistan produziert und exportiert weder Anti-Personenminen noch Streumunition; es verfügt jedoch noch über Altbestände sowjetischer Streumunition. Die Altbestände an Anti-Personenminen wurden hingegen bis November 2004 zerstört.

Achtung der Menschenrechte in der Region

Tabelle 10

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen und Vereinbarungen des internationalen humanitären Völkerrechts

Kurzname des Abkommens	Aserbaidshan	Kirgisistan	Turkmenistan
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	✓	✓	✓
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	✗	✓	✓
Völkermord-Konvention von 1951	✓	✓	✗
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	✓	✓	✓
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	✓	✓	✓
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	✓	✓	✓
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	✓	✓	✓
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	✓	✓	✓
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	✓	✓	✓
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	✓	✓	✓
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	✓	✓	✓
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	✓	✓	✓

Kurzname des Abkommens	Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	X	X	X

Quelle: United Nations: Treaty Collection

Tabelle 11
Indikatoren zur Menschenrechtslage

	Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Freedom House Index:	Nicht Frei (9/100)	Nicht Frei (27/100)	Nicht Frei (2/100)
Political Rights	2/40	4/40	0/40
Civil Liberties	7/60	23/60	2/60
Voice and Accountability Index	-1,55	-0,59	-2,03
Political Terror Scale:			
Amnesty International	4	3	3
U.S. State Department	4	3	3
Human Rights Watch	4	3	3
Military Interference in Rule of Law and the Political Process	5,00	-	-

Quellen: Freedom House: Freedom House Index 2022; The World Bank: Worldwide Governance Indicators 2020; The Political Terror Scale 2020; Fraser Institute: Economic Freedom of the World 2021

Der Freedom House Index bewertet die politischen Rechte sowie bürgerlichen Freiheiten innerhalb eines Staates auf einer Skala von 1-40 bzw. 1-60. Der aggregierte Wert dieser Bewertungen bestimmt den Status eines Landes – Frei (71 bis 100), Teilweise Frei (31 bis 70) oder Nicht Frei (0 bis 30). Der Voice and Accountability Index reflektiert die Wahrnehmung der Bürger:innen, inwiefern diese an der Wahl ihrer Regierung beteiligt werden und Meinungs- sowie Versammlungsfreiheit vorhanden sind. Die Einschätzung der Governance-Performance reicht von -2,5 (schwach) bis 2,5 (stark). Die Political Terror Scale (PTS) misst das Ausmaß staatlich sanktionierter oder staatlich verübter Gewalt. Die zur Erstellung des Index verwendeten Daten stammen aus drei verschiedenen Quellen: Den jährlichen Länderberichten von Amnesty International, Human Rights Watch und dem US-Außenministerium. Die drei separaten Indikatoren der PTS bewerten das Maß politischer Gewalt mittels Leveln von 1 (Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit, keine politische Verfolgung und Folter) bis 5 (gesamte Bevölkerung von grenzenlosem staatlichen Terror betroffen). Die Military Interference in Rule of Law and the Political Process – ein Indikator des Economic Freedom of the World-Index – beschäftigt sich wiederum mit der politischen Beteiligung sowie Beeinträchtigung der Rechtsstaatlichkeit durch das Militär. Bewertet wird dies auf einer Skala von 1 (sehr hohes Risiko) bis 10 (sehr niedriges Risiko).

Box 5

Auszüge aus den Jahresberichten von Amnesty International für 2020/2021

Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
<p><i>The civilian population suffered widespread human rights abuses as a result of heavy fighting that erupted between Azerbaijan and Armenian forces in Nagorno-Karabakh in September. Conflict-related violence led to deaths, injuries, destruction of livelihoods and displacement. Authorities intensified a clampdown on dissent using the conflict with Armenia and the COVID-19 pandemic as a pretext. Dozens of opposition leaders and activists were arbitrarily arrested and detained. Freedoms of assembly and expression were further restricted in response to growing public discontent; freedom of association remained curtailed. Lawyers were harassed and reports of torture and other ill-treatment of government critics in detention remained widespread.</i></p>	<p><i>Reports of torture and other ill-treatment in police custody continued. The government failed to take adequate measures to protect health workers during the COVID-19 pandemic. Survivors of gender-based violence faced serious obstacles in accessing justice. Prisoner of conscience Azimjan Askarov died after contracting pneumonia in prison. Human rights defenders faced retaliation for their work. Proposed new legislation threatened to impose further restrictions on NGOs. Police dispersed a peaceful march to mark International Women's Day.</i></p>	<p><i>The regime in Turkmenistan remained deeply authoritarian. Serious human rights violations were routine. The right to health was violated in the context of the outbreak of the COVID-19 pandemic in the country. The authorities continued to deny that there were any cases of COVID-19 despite evidence to the contrary. The right to freedom of expression was severely restricted. Consensual sex between men remained a criminal offence. Conscientious objectors to military service risked being imprisoned. The fate and whereabouts of at least 120 prisoners subjected to enforced disappearance remained unknown.</i></p>

Quelle: Amnesty International Report 2020/2021
<https://www.amnesty.org/en/countries/>

Box 6

Auszüge aus den Länderberichten von Freedom House 2022

Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
<p><i>Power in Azerbaijan's authoritarian regime remains heavily concentrated in the hands of Ilham Aliyev, who has served as president since 2003, and his extended family. Corruption is rampant, and the formal political opposition has been weakened by years of persecution. The authorities have carried out an extensive crackdown on civil liberties in recent years, leaving little room for independent expression or activism. Azerbaijan won control of a third of the territory of Nagorno-Karabakh along with some adjacent land during a weeks-long conflict with Armenia in 2020, at the cost of over 2,700 soldiers.</i></p>	<p>After two revolutions that ousted authoritarian presidents in 2005 and 2010, Kyrgyzstan adopted a parliamentary form of government. Governing coalitions proved unstable, however, and corruption remains pervasive. Unrest surrounding the annulled 2020 parliamentary elections led to significant political upheaval and the violent repression of opponents of nationalist politician Sadyr Japarov. Major constitutional changes adopted in 2021 significantly increased presidential authority, concentrating political power in the presidency and reducing the size and role of parliament. Both the judiciary and vigilante violence are increasingly used to suppress political opponents and civil society critics.</p>	<p><i>Turkmenistan is a repressive authoritarian state where political rights and civil liberties are almost completely denied in practice. Elections are tightly controlled, ensuring nearly unanimous victories for the president and his supporters. The economy is dominated by the state, corruption is systemic, religious groups are persecuted, and political dissent is not tolerated.</i></p>

Quelle: Freedom in the World 2022
<https://freedomhouse.org/countries/freedom-world/scores>

Kommentar

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind Aserbaidtschan, Kirgisistan und Turkmenistan den meisten internationalen Menschenrechtsabkommen und Vereinbarungen des humanitären Völkerrechts beigetreten. Den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag erkennen jedoch alle drei Staaten nicht an.

Die Menschenrechtssituation ist in allen drei Staaten kritisch. Nur Kirgisistan wurde bis 2020 von Freedom House noch als „teilweise frei“ eingeschätzt, der Status wurde im Jahr 2021 jedoch auf „nicht frei“ herabgesetzt, da es nach umstrittenen Parlamentswahlen zu

erheblicher politischer Gewalt gekommen ist, die in einer irregulären Machtergreifung durch Dschaparow gipfelte, welcher von Anhängern aus dem Gefängnis befreit worden war. Auch Aserbaidjan und Turkmenistan werden als „nicht frei“ bewertet.

Nach der Bewertung der Political Terror Scale 2020 kommen alle drei Länder in den meisten Fällen nur auf eine Bewertung von „drei“, was bedeutet, dass es dort politische Gefangene in erheblichem Ausmaß („extensive political imprisonment“) gibt oder in jüngster Vergangenheit gegeben hat. Die jüngsten Berichte von Human Rights Watch und Amnesty International lassen für Turkmenistan sogar eine Einstufung von „vier“ auf der Political Terror Scale zu. Dies bedeutet, dass ein Großteil der Bevölkerung unter der Verletzung der bürgerlichen und politischen Rechte leidet und es häufig zu politischen Morden und Folter kommt.

Wie im Kapitel zur Polizei und anderen Sicherheitskräften bereits dargelegt, ist speziell die Polizei als Instrument des staatlichen Repressionssystems in allen drei Staaten für eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Misshandlungen mit Todesfolge und die gewaltsame Niederschlagung zivilgesellschaftlicher Proteste, auch unter Einsatz von Schusswaffen, verantwortlich. Die schwach bis nicht existenten Meinungs- und Versammlungsfreiheiten führen auch zu einer negativen Bewertung der Governance-Performance des Voice and Accountability Index, der insbesondere die Wahrnehmung der Bürger:innen reflektiert.

Die bürgerlichen Freiheiten, in Turkmenistan de-facto nicht existent, wurden auch in Aserbaidjan und Kirgisistan in den vergangenen Jahren zunehmend eingeschränkt, insbesondere mit negativen Auswirkungen auf die politische und gesellschaftliche Partizipation oppositioneller Gruppen. Gemeinsam ist allen drei Staaten, dass Personen der LGBTQI+-Community (lesbische, schwule, bisexuelle, trans, queer und intersexuelle Personen) mit Repressionen durch die Sicherheitsbehörden rechnen müssen. Gleichgeschlechtliche Beziehungen gelten in Turkmenistan als Straftat, welche mit bis zu zwei Jahren Haft geahndet werden. In Kirgisistan wurde ein ähnlicher Gesetzesentwurf gegen die „Popularisierung homosexueller Beziehungen“ vom Parlament im Mai 2016 zwar zunächst auf Eis gelegt. Dennoch nimmt die Zahl der physischen Gewaltangriffe aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechteridentität nach Einschätzung lokaler Aktivist:innen seit 2014 kontinuierlich zu. Verantwortlich dafür ist ein wachsender Ethnonationalismus, der Abweichungen von vermeintlich traditionellen Lebensentwürfen und Verhaltensweisen als Bedrohung kirgisischer Identität darstellt. Am 1. Mai 2019 griffen bspw. mehr als 20 junge Männer, von denen einige bekannten nationalistischen Gruppen angehören, in Bischkek Teilnehmer:innen der feministischen und LGBTQI+-Bewegung 8/365 an. Die anwesende Polizei intervenierte nicht. In Aserbaidjan werden Mitglieder der LGBTQI+-Gemeinschaft willkürlich festgenommen und misshandelt. Am 22. September 2017 wurden bspw. mehr als 100 Personen der LGBTQI+-Community von der Polizei auf öffentlichen Plätzen zusammengetrieben und festgenommen.

Die Religionsfreiheit ist in allen Staaten gesetzlich beschränkt. Religiöse und ethnische Minderheiten – bspw. die ethnischen Usbek:innen in Kirgisistan – werden unterdrückt und politisch ausgegrenzt. Journalist:innen, Blogger:innen und soziale Aktivist:innen, die diese Menschenrechtsverletzungen aufdecken wollen, sind staatlicher Repression und Gewalt ausgesetzt. In der Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ belegt Ascherbaidjan 2021 nach Ägypten und Libyen Platz 167 von insgesamt 180 bewerteten

Ländern. Im Vergleich zum Vorjahr verbessert sich Kirgisistan etwas und rangiert auf Platz 79. Turkmenistan belegt nach China und Dschibuti sogar Platz 178.

Innere Lage in den Empfängerländern

Box 7

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
<p><i>As was forecast in the previous report, a constitutional referendum in 2016, which extended the presidential term from five to seven years and introduced a vice presidency, paved the way for the gradual transformation of the country into a fully-fledged autocracy. In February 2017, President Aliyev appointed his wife Mehriban Aliyeva as the first vice president of Azerbaijan. Then, in snap presidential elections in April 2018, Aliyev was himself elected for a fourth time in a row and this time for seven years. During the reporting period, the crackdown on opposition and civil liberties continued, as did the revolving door of arrests and disbarment of independent defense lawyers. In June 2018, the Council of Europe appointed a rapporteur on political prisoners in Azerbaijan. Moreover, recent changes in the Azerbaijani Bar Association and amendments to the law on representation added to the plight of the rule of law in the country. However, the most profiled political</i></p>	<p><i>The leitmotif of politics in Kyrgyzstan between 2017 and 2018 was the change in political leadership, which marked the last year in office of the outgoing president, Almazbek Atambayev, and the first year of the newly elected president, Sooronbay Jeenbekov, with the election in between. The election was symbolic as it was the first time that an elected president, after serving a full constitutional term, vacated office to be replaced by a successor who was legitimately elected. The leadership change represents a positive development in the country. However, the remarkable event was marred by political developments in the year preceding the election. What appeared to be the outgoing president's strategy of ensuring a loyal successor who would allow the ex-president to remain relevant and influential, involved a series of controversial events. This included a legally questionable constitutional referendum in late 2016; the</i></p>	<p><i>In 2017 and 2018, Turkmenistan made further adjustments to its legislation in line with international legal norms. These are of a formal nature and do not meet the standards of democratic rule or the rule of law. On the contrary, the dictatorial policies of President Berdymukhamedov has intensified in all areas of society. [...] There was progress in the country's cooperation with other countries during the review period. The number of international conferences held in the capital Ashgabat, visits by Turkmen political and economic delegations and appearances of Turkmen government representatives abroad demonstrate a measure of dynamism on the part of the government. However, these activities do not provide any impetus for the cultivation of democracy in the country and are only intended to give the world the impression that Turkmenistan is an open and cooperative member of the international community. There are also</i></p>

Aserbaidshan

prisoner, the leader of the Republican Alternative (REAL) Party, Ilgar Mammadov, was released from prison on a conditional basis in August 2018 after serving more than five years of his seven-year term. He is still subject to a travel ban, as are many other opposition politicians, journalists and civil society activists. [...] At the same time, in spite of the ongoing crackdown, Azerbaijan's civil society started showing some modest signs of revival and vibrancy. This is also evidenced by the presence of an increasingly vibrant social media community in the country. Unfortunately, there were no significant developments in the Nagorno-Karabakh conflict, which remains unresolved and thus a serious threat to regional stability.

Kirgisistan

sentencing of several critics and opposition figures to prison terms among other sanctions; the suing of several media outlets, journalists and activists on charges of attacking "the honor and dignity of the president;" and manipulation of the election process to ensure that the outgoing president's then-friend Jeenbekov won. Jeenbekov's main rival, Omurbek Babanov, was forced to leave the country after criminal charges were initiated against him. What followed in the year after the election under President Jeenbekov only partially undid the pre-election damage. [...] Furthermore, in a process of consolidating his power and independence from the ex-president, Jeenbekov oversaw the successful prosecution of a dozen figures from Atambayev's close circle on charges of corruption and other crimes, with the defendants receiving prison sentences. The latter processes were executed by the same instruments as those employed under Atambayev the previous year: the prosecutor, the national security agency and the courts, with the majority in parliament supporting the new president with the same zeal as they supported the former president. The domestic political turmoil

Turkmenistan

setbacks in the country's relations with its neighbors. For political reasons, borders have been temporarily closed or shipping companies have been prevented from entering the country. [...] When President Berdymukhamedov took office at the beginning of 2007, there were great expectations that society and the economy would be revitalized. Berdymukhamedov enacted more liberal economic laws, promoted private business and introduced a formal multiparty system. To some extent, Turkmenistan freed itself from its reputation as a closed and internationally isolated country, insofar as there are four dozen government-level bilateral commissions and working groups that meet with foreign partners on a regular basis. Large projects in the sectors of natural gas, gas chemistry and international transport corridors helped the country attract more attention from the international community. [...] Yet, the results of this gradual opening up have fallen well below expectations. The hope that Turkmenistan would turn away from state control over society in favor of the development of democratic norms and a market economy have not been fulfilled. Most of the reforms that have been

Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
	<p><i>spilled over to damage Kyrgyz-Kazakh relations, which resulted in the Kazakh government closing its border with Kyrgyzstan – the main route by which Kyrgyzstan exports and imports goods – for two months. The crisis, instigated by a fallout between presidents Atambayev and Nazarbayev, was resolved when Jeenbekov assumed office and sought rapprochement with his Kazakh counterpart.</i></p>	<p><i>initiated are merely cosmetic in nature. The cult of personality surrounding President Berdymukhamedov reached grotesque proportions in the reporting period. [...] More than ever, the president determines political, economic and cultural developments. Every project worth mentioning requires a presidential decree. Without direct personal contact with the president, his vice-premiers or ministers, nothing can be done in the country.</i></p>

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 12
Indikatoren zur inneren Lage

	Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Political Stability and Absence of Violence/Terrorism Index	-0,73	-0,43	-0,29
Rule of Law (BTI)	3,0	5,0	1,8
Anzahl der bewaffneten innerstaatlichen Konflikte	1	0	0
Anzahl der nicht-staatlichen Gewaltkonflikte	0	0	0
Corruption Perceptions Index	30	27	19

Quellen: The World Bank: Worldwide Governance Indicators; Rule of Law: Bertelsmann Transformationsindex; Uppsala Conflict Data Program (UCDP)/Peace Research Institute Oslo (PRIO): Armed Conflict Dataset; UCDP: Non-State Conflict Dataset; Transparency International: Corruption Perceptions Index

Der Political Stability and Absence of Violence Index misst die Wahrscheinlichkeit politischer Instabilität und politisch motivierter Gewalt, einschließlich Terrorismus, auf einer Skala von -2,5 (hoch) bis 2,5 (gering). Die Bewertung der Rechtsstaatlichkeit (Rule of Law) ist den entsprechenden Länderberichten des Bertelsmann Transformationsatlas entnommen und wird auf einer Skala von 1 (schwächste Einhaltung) bis 10 (stärkste Einhaltung) anhand der Kriterien Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Justiz, Strafverfolgung von Amtsmissbrauch und Zivilrechte bewertet. Der

Corruption Perceptions Index aggregiert eine Reihe verschiedener Quellen, um die Wahrnehmung von Korruption im öffentlichen Sektor durch Geschäftsleute, Beamte:innen und Politiker:innen zu ermitteln. 0 entspricht dabei der höchsten und 100 der niedrigsten wahrgenommenen Korruptionsrate; ein Wert unter 50 stellt somit ernsthafte Korruptionsprobleme dar.

Kommentar

Aserbaidsschan befindet sich seit 1991 in einem bewaffneten Konflikt mit der selbsternannten Republik Arzach (bis 2017 Republik Bergkarabach) sowie der Regierung von Armenien um die Region Bergkarabach. Bis zum Zerfall der Sowjetunion gehörte das Autonome Gebiet (*Oblast*) Bergkarabach zur Aserbaidsschanischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Nach der Unabhängigkeitserklärung Armeniens und Aserbaidsschans erklärte sich auch die Republik Bergkarabach im September 1991 für unabhängig. Nach einem gescheiterten Vermittlungsversuch durch Russland und Kasachstan, wechselseitiger Gewalt sowie Massakern an der Zivilbevölkerung eskalierte der Konflikt im Frühjahr 1992. Armenische und aserbaidsschanische Truppen führten Krieg um die Region Bergkarabach, der erst im Mai 1994 mit einem Waffenstillstandsabkommen endete.

Im Verlauf des Krieges gelang es Truppen der selbsternannten Republik Bergkarabach, gemeinsam mit der armenischen Armee große Teile des überwiegend von Armenier:innen bewohnten Gebietes unter ihre Kontrolle zu bringen. Außerdem besetzten die armenischen Kämpfer:innen die aserbaidsschanischen Bezirke Ağdam, Cəbrayıl, Füzuli, Kəlbəcər, Laçın, Qubadlı und Zəngilan, die um das ehemals Autonome Gebiet Bergkarabach herum liegen. Seitdem stehen etwa 14 Prozent des aserbaidsschanischen Staatsgebiets de-facto nicht mehr unter der Kontrolle der aserbaidsschanischen Regierung. Das de-facto-Regime in Bergkarabach wird von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt und weiterhin als Bestandteil Aserbaidsschans betrachtet. Auch Armenien erkennt die sogenannte Republik Arzach nicht an. Es gibt immer wieder bewaffnete Auseinandersetzungen entlang der Waffenstillstandslinie. So kam es u. a. im April 2016 zu schweren Kampfhandlungen. Nach Gefechten im Sommer 2020 kam es Ende September zu einem erneuten Krieg, bei dem staatlichen Angaben zufolge mindestens 2.425 armenische sowie 2.783 aserbaidsschanische Soldat:innen starben. Am 9. November 2020 unterzeichneten beide Konfliktparteien, nach Vermittlung Russlands, eine erneute Waffenruhevereinbarung. Durch die aserbaidsschanische Offensive hatte die Republik Arzach ein Drittel ihres Gebietes verloren, darunter auch früher zur Autonomen Oblast zählende, traditionell armenische Siedlungen und Städte wie Hadrut. In Folge des Waffenstillstands musste Arzach ein weiteres Drittel seines Gebiets, das die frühere Oblast umgab, an aserbaidsschanische Kontrolle abgeben.

In Kirgisistan und Turkmenistan gibt es zurzeit keine bewaffneten innerstaatlichen Konflikte. Dies bedeutet allerdings nicht, dass es keine innergesellschaftlichen Konflikte und entsprechende Gewaltpotenziale gäbe. Die Werte des Political Stability and Absence of Violence/Terrorism Index der Weltbank zeigen das auf. Vor allem Kirgisistan liegt hier mit -0,58 deutlich im negativen Bereich. Dies ist nicht zuletzt das Resultat der Spannungen zwischen Kirgis:innen und Angehörigen der usbekischen Minderheit im Süden des Landes, die immer wieder auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen. Ausgelöst auch durch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Korruption und steigenden Preisen, kam es 2010 im ganzen Land zu Demonstrationen gegen die Regierung des

damaligen Präsidenten Bakijew, bei denen Dutzende Menschen getötet wurden. Infolgedessen stürzte die Regierung im April 2010. Vor allem in den südkirgisischen Städten Osch und Dschalalabad eskalierte daraufhin im Juni 2010 die Gewalt. Es kam zu massiven Unruhen zwischen Kirgis:innen und Angehörigen der usbekischen Minderheit, während denen nach offiziellen Angaben 470 Menschen ums Leben kamen. Diverse Medien berichten sogar von mehr als 2.000 Toten, hauptsächlich Usbek:innen. Tausende flohen, viele von ihnen über die Grenze nach Usbekistan. Seither hat sich die Lage in Südkirgisistan zwar wieder beruhigt. Dennoch ist die Situation zwischen Kirgis:innen und Usbek:innen weiterhin angespannt und Korruption bleibt ein großes Problem in Kirgisistan.

Im Vergleich der drei Länder wirkt Turkmenistan relativ stabil. Gewalt und Unruhen in einer Größenordnung wie 2010 in Kirgisistan sind nicht zu beobachten. Allerdings basiert diese vermeintliche Stabilität nicht zuletzt auf der massiven Unterdrückung oppositioneller Kräfte durch den Staatsapparat (vgl. das Kapitel „Achtung der Menschenrechte“). Präsident Berdymuchamedow regiert das Land streng autoritär. Turkmenistan zählt zu den korruptesten Ländern weltweit. Im Corruption Perception Index von Transparency International belegt es 2020 Platz 165 von 180 berücksichtigten Staaten.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Tabelle 13

Indikatoren zu Frieden und Sicherheit in der Region

	Aserbaidschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Anzahl der Beteiligung an bewaffneten Konflikten	1	0	0
Bewaffnete Konflikte in Nachbarstaaten	4	1	5
Umstrittene Territorien	Ja	Nein	Nein

Quellen: UCDP/PRIO: Armed Conflict Dataset; Natural Earth: Disputed Areas

Kommentar

Die Beziehungen zwischen den zentralasiatischen Staaten, zu denen auch Kirgisistan und Turkmenistan zählen, sind gekennzeichnet durch verschiedene Konflikte. So ist der Konflikt um Wasser und Energieressourcen zwischen den rohstoffreichen Staaten Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan an den Unterläufen der Flüsse Amudarja und Syrdarja auf der einen und den rohstoffarmen, aber wasserreichen Oberliegern Kirgisistan und Tadschikistan auf der anderen Seite immer noch ungelöst. In der Sowjetunion erhielten die wasserreichen Oberanrainer subventionierte Energieträger und stellten im Gegenzug Wasser bereit. Heute müssen sie Gas und Öl zu Weltmarktpreisen einkaufen und setzen darum auf den Ausbau von Wasserkraftwerken.

Im Zuge des Klimawandels schwinden die Gletscher in den Hochgebirgen, die den beiden Flüssen als Wasserreservoir dienen. Die weiter stromabwärts gelegenen Staaten fürchten um ihre Wasserversorgung, wenn Staumauern errichtet werden. Usbekistan bspw. drohen dadurch erhebliche Verluste in der wasserintensiven Landwirtschaft, etwa beim Baumwollanbau.

Nach wie vor nicht geklärte Grenzprobleme könnten jederzeit zu zwischenstaatlichen Konflikten mit unabsehbaren Konsequenzen für die gesamte Region heranwachsen, wie häufige Grenzzwischenfälle belegen. Von den 1.378 Kilometern gemeinsamer Staatsgrenze zwischen Kirgisistan und Usbekistan wurden zum Beispiel bis jetzt erst 75 Prozent endgültig festgelegt. Zwischen Tadschikistan und Usbekistan sind es lediglich 80 Prozent der 1.400 Kilometer langen Grenze. Nach Angaben der kirgisischen Behörden wurden allein im Jahr 2010 mehr als 20 Zusammenstöße zwischen kirgisischen Bürger:innen und usbekischen Grenzschrützer:innen registriert. An der kirgisisch-tadschikischen Grenze gab es im Zeitraum 2012 bis 2015 insgesamt 78 Zusammenstöße und Konflikte, bei denen es u. a. zu Straßenblockaden, Brandstiftungen und Massenschlägereien zwischen Kirgis:innen und Tadschik:innen kam. Die aus dem Jahr 1999 stammende Verminung von Abschnitten der usbekisch-tadschikischen Grenze schafft zusätzliches Konfliktpotenzial zwischen beiden Staaten. Von Usbekistan verlegte Anti-Personenminen verletzen und töten nach Angaben aus Duschanbe immer wieder friedliche tadschikische Bürger:innen, vor allem Hirt:innen und Holzsammler:innen. In den letzten 20 Jahren starben dabei mehr als 800 tadschikische Staatsangehörige. 90 Prozent der Opfer waren Zivilist:innen, 216 davon waren Kinder.

Ungelöste Territorialkonflikte im Südkaukasus trugen zu einer erheblichen Aufrüstung in der Region bei. Neben dem Grenzkonflikt um die beiden Regionen Südossetien und Abchasien, der im August 2008 in einem fünftägigen Krieg zwischen Georgien und Russland eskalierte, bestimmt derzeit primär der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Bergkarabach die Sicherheitslage im Kaukasus. Erst im Juli 2018 drohten beide Parteien einander erneut mit militärischen Maßnahmen. Zu diesen kam es dann im Juli 2020. Die Folge war ein offener, verlustreicher Krieg vom 27. September bis 9. November 2020. Amnesty International zufolge sind allein zwischen Ende September und Anfang November in der Auseinandersetzung zwischen Armenien und Aserbaidschan mindestens 146 Zivilist:innen gestorben, darunter zahlreiche Kinder und ältere Menschen. Durch die Vermittlung Moskaus kam es zur Aushandlung eines Waffenstillstandsabkommens. Rund 2.000 russische Soldat:innen sollen nun für mindestens fünf Jahre in der Region stationiert werden, um den fünf Kilometer breiten Latschin-Korridor zwischen Armenien und dem Rest der Republik Arzach sowie die Demarkationslinie zu schützen. Mitte Dezember warfen sich beide Staaten gegenseitig vor, den Waffenstillstand gebrochen zu haben. Die russische Armee bestätigte den Bruch des Abkommens. Mittlerweile ist auch die südliche Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan außerhalb Bergkarabachs zum Konfliktherd geworden, denn aserbaidschanische Soldat:innen haben Gebiete zurückerobert, die Armenien rund um Bergkarabach als zusätzliche Sicherheitszone eingenommen hatte. So geht es nun auch um armenisches Territorium, was dem betroffenen Land große Sorgen bereitet. Aserbaidschanische Politiker:innen verstärken parallel diese Sorgen Armeniens, in dem sie teilweise öffentlich äußern, der südliche Teil Armeniens gehöre zu Aserbaidschan. In der Folge sind immense Spannungen persistent.

Ebenfalls nicht unproblematisch sind die Beziehungen zwischen Aserbaidschan und dem Iran. Dort leben etwa doppelt so viele ethnische Aserbaidschaner:innen wie im ebenfalls schiitischen, aber säkularen Aserbaidschan. Versuche der Regierung Aserbaidschans, secessionistische Bestrebungen unter den Aserbaidschaner:innen im Iran für ihre Zwecke zu nutzen, führten immer wieder zu Spannungen mit Teheran. Auch deshalb unterstützt der Iran im Konflikt um Bergkarabach das christliche Armenien anstatt das schiitische Aserbaidschan. Ein Streitpunkt zwischen Aserbaidschan und dem Iran ist auch der völkerrechtliche Status von Teilen des Kaspischen Meeres. Etwa 90 Prozent der aserbaidschanischen Öl- und Gasvorkommen liegen offshore vor der Küste, zum Teil in Gewässern, die auch der Iran beansprucht. Dieser führt Bohrungen nach Erdöl und Erdgas in den von ihm wie auch von Aserbaidschan beanspruchten Sektoren durch. Auch mit Turkmenistan ist der Iran noch zu keiner Einigung über von beiden beanspruchte Lagerstätten von Öl und Gas im Süden des Kaspischen Meeres gekommen. Zwar einigten sich die fünf Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres (Aserbaidschan, Russland, Kasachstan, Turkmenistan, Iran) im Sommer 2018 auf eine Konvention über den Rechtsstatus des Kaspischen Meeres; diese klammert jedoch die Frage nach den Ansprüchen auf die Öl- und Gasvorkommen am Meeresgrund aus. Nach vorsichtigen Schätzungen geht es dabei um insgesamt 18 bis 20 Milliarden Tonnen Öl- und Gaskondensat.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte und Friedensmissionen in der Region

In den postsowjetischen Staaten Kirgisistan und Turkmenistan sind keine alliierten Streitkräfte mehr stationiert. Als Folge des Gewaltkonfliktes in der Region Bergkarabach waren jedoch einige Soldat:innen im Auftrag der OSZE in Aserbaidschan und Armenien stationiert. Diese – jeweils sechs Soldat:innen aus den fünf Mitgliedsstaaten Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Moldawien, Polen und Großbritannien – waren im Zuge des Minsk-Prozesses in beiden südkaukasischen GUS-Staaten stationiert, um zu einer friedlichen Beilegung des Bergkarabach-Konfliktes beizutragen. Wie es nach Beendigung der jüngsten Kampfhandlungen um die Stationierung der Soldat:innen steht, ist derzeit noch unklar.

Für die Streitkräfte der NATO erlangte die zentralasiatische Region speziell im Zuge des Afghanistan-Krieges seit 2001 besondere Relevanz. Nachdem die afghanische Regierung die Sicherheitsverantwortung über ihr Land ab Juni 2013 von der NATO stückweise zurückerlangte, wurde auch deren militärische Präsenz in der Region stückweise abgebaut. So zog das US-amerikanische Militär im Juni 2014 seine Truppen von der Luftwaffenbasis Mana unweit der kirgisischen Hauptstadt Bischkek ab, von der aus Flüge nach Afghanistan gestartet waren. Über 90 Prozent der kämpfenden US-Truppen gelangten über Bischkek nach Afghanistan. Die Bundeswehr nutzte seit 2002 den strategischen Luftwaffenstützpunkt im usbekischen Termez an der Südgrenze zu Afghanistan, zur logistischen Versorgung der International Security Assistance Force (ISAF). Mit dem Ende des NATO-geführten ISAF-Einsatzes wurden 2015 alle deutschen Truppen aus Termez abgezogen. Die Folgemission Resolute Support fokussiert sich auf die Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte. 32 alliierte Staaten

stellten 2020 dafür noch immer rund 10.400 Soldat:innen, das deutsche Bundestagsmandat für die Ausbildungsmission in Afghanistan umfasste zuletzt 1.300 Soldat:innen.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 14

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Kurzname des Abkommens	Aserbaidschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	✓	✓	✓
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	✓	✓	✓
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	✓	✓	✓
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	✓	✓	✓
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	✓	✓	✓
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	✓	✓	✓
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	✓	✓	✓
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	✓	✓	✓

Quellen: International Civil Aviation Organization: World Air Services Agreements; United Nations: Treaty Collection

Kommentar

Alle drei Länder sind den wichtigsten Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten, jedoch ist die Region Zentralasien mit einer zunehmenden islamistischen Radikalisierung konfrontiert. Laut Angaben der International Crisis Group hat der sogenannte Islamische Staat (IS) bis Ende 2015 bereits ca. 4.000 Anhänger:innen aus Zentralasien angeworben. Die größte Gruppe der dortigen IS-Unterstützer:innen bilden Usbek:innen, meist aus dem überbevölkerten und armen Ferghana-Tal. Nach gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Usbek:innen und Kirgis:innen im südlichen kirgisischen Gebiet Osch 2010 waren dorthin tausende Menschen geflohen. Rund 2.500 ethnische Usbek:innen sollen für den IS in den Kampf nach Syrien und in den Irak gezogen sein. Die Mehrheit dieser radikalen Islamist:innen entstammt der ehemaligen Islamischen Bewegung Usbekistan

(IMU), die bereits in den 1990er Jahren großen Einfluss in der Region ausübte und 1999 für zwei Terroranschläge in Kirgisistan verantwortlich war.

Die drei an Afghanistan angrenzenden Länder Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan fürchten seit der erneuten Übernahme des Landes durch die Taliban ein Übergreifen der afghanischen Zustände auf ihr Territorium.

Der islamistische Terrorismus ist auch ein Problem im Kaukasus. Insbesondere eine Gruppierung des Islamischen Staates (Caucasus Province of the Islamic State) und der Al-Kaida-Ableger Imam Shamil Battalion sind in dieser Region aktiv.

Internationale Kriminalität

Tabelle 15

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Kurzname des Abkommens	Aserbaidshan	Kirgisistan	Turkmenistan
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	✓	✓	✓
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	✓	✓	✓
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	✓	✓	✓
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	✓	✗	✓

Quelle: United Nations: Treaty Collection

Kommentar

In der gesamten zentralasiatischen Region floriert der illegale Handel und Schmuggel, sowohl mit Drogen als auch mit Kleinwaffen und Menschen. Diese kriminellen Strukturen entstanden vor dem Hintergrund der Armut, insbesondere im ländlichen Raum. Sie sind aber auch ein Resultat mangelnder Rechtsstaatlichkeit und fehlender demokratischer Kontrolle der herrschenden Eliten. Zudem lässt die zwischenstaatliche Zusammenarbeit zwischen den zentralasiatischen Staaten zu wünschen übrig. Auch das Ende des ISAF-Einsatzes in Afghanistan und der damit einhergehende Truppenabzug haben zu einer Intensivierung des Drogenschmuggels beigetragen. So dient die gesamte Region als Transitkorridor zum Transport von Drogen, speziell Heroin, aus Afghanistan. Die Taliban kontrollieren den Warenschmuggel (überwiegend Drogen und Waffen) vom nördlichen Grenzgebiet zu Turkmenistan. Laut United Nations Office on Drugs and Crime gehen konservative Schätzungen davon aus, dass 2014 130 Tonnen illegaler Opiate von Afghanistan aus über Zentralasien gehandelt wurden, auch der jüngste Report von 2021 zeigt den hohen (und zunehmenden) Stellenwert der zentralasiatischen und transkaukasischen Länder.

Während ein Teil dort verbleibt, findet der Großteil über die Nordroute via Russland oder die Balkanroute seinen Weg weiter nach Europa. Bei der Bekämpfung stellen insbesondere die langen Grenzverläufe in topographisch anspruchsvollem Terrain und die weit verbreitete Korruption ein erhebliches Problem dar. Im Zuge der wirtschaftlich schlechten Lage in Kirgisistan bietet der Drogenhandel der herrschenden Elite beispielsweise vielfältige Möglichkeiten, sich finanziell zu bereichern. Die Verzahnung der Staatsorgane mit dem organisierten Verbrechen – mehrere Bandenführer:innen sitzen als Abgeordnete im kirgisischen Parlament – verstärkt diese Entwicklung und erschwert die Kontrolle des Drogenhandels. In Zentralasien hat der steigende Drogentransfer in mehrfacher Hinsicht negative Folgen: Die Zahl der drogenabhängigen und mit HIV infizierten Personen stieg an und die Beschaffungskriminalität nahm zu. Die organisierte Kriminalität insbesondere in Staaten entlang der zentralen Transitrouten greift um sich. So sind besonders im südlichen Kirgisistan im Gebiet der Schmuggelroute Waffen- und Menschenhandel, Glücksspiel, Prostitution, Raubüberfälle, erpresserische Entführungen und Auftragsmorde zu beobachten.

Auch die kaukasische Region ist stark von internationaler organisierter Kriminalität betroffen, wie das Kapitel zum [Risiko der illegalen Wiederausfuhr](#) importierter Waffensysteme noch ausführlicher thematisieren wird. Die einflussreiche aserbaidische Mafia ist dabei in den internationalen Drogen- und Waffenhandel, Geldwäsche und Menschenhandel involviert. Speziell afghanisches Heroin wird vom Iran aus am Kaspischen Meer entlang durch die ehemalige Sowjetrepublik nach Russland transportiert.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Tabelle 16

Berichterstattung für VN-Waffenregister und ATT

	Aserbaidische	Kirgisistan	Turkmenistan
Arms Trade Treaty			
Bericht eingereicht:	Nein	Nein	Nein
Zuletzt berichtet am:	-	-	-
UN-Waffenregister			
Bericht eingereicht:	Ja	Ja	Ja
Zuletzt berichtet:	2017	2009	2010

Quellen: *United Nations Register of Conventional Arms; ATT Monitor*

Box 8***Bewertung des Korruptionsrisikos im Verteidigungssektor durch Transparency International***

Aserbaidshans GI-Ranking (Stand: 2015) in Kategorie E platziert es in der sehr hohen Risikokategorie für Korruption im Verteidigungs- und Sicherheitssektor. Die Bereiche mit dem höchsten Risiko sind Beschaffung und Betrieb, die in die Kategorie F (kritisches Korruptionsrisiko) fielen. Die Verfassung von Aserbaidshans gibt dem Parlament offiziell die Befugnis, die Verteidigungspolitik zu überwachen und zu hinterfragen. In der Praxis fehlt es dem Gesetzgeber jedoch an Unabhängigkeit und Einfluss. Das Parlament hatte wenig bis keinen Einfluss auf das 2007 verabschiedete Nationale Sicherheitskonzept des Landes und seine offizielle Militärdoktrin, die 2010 verabschiedet wurde. Während Aserbaidshans seine Verteidigungsausgaben im Jahr 2015 um 27% erhöhte, sind nur wenige Informationen darüber verfügbar, wie die Ausgaben verteilt wurden. Zudem gibt es keine belegbaren Hinweise dafür, dass die Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben jemals einer externen Prüfung unterzogen wurden. Der Prozess des Beschaffungszyklus für Verteidigungsgüter - von der Bedarfsanalyse über die Vertragsdurchführung und -unterzeichnung bis hin zur Veräußerung von Vermögenswerten - wird der Öffentlichkeit nicht vollständig zugänglich gemacht. Die formelle Gesetzgebung für die Vergabeverfahren ist in der Praxis nicht effektiv. Betrugsfälle werden häufig nicht sanktioniert.

Für **Kirgisistan** und **Turkmenistan** liegen keine Bewertungen vor.

Das Korruptionsrisiko im Verteidigungs- und Sicherheitssektor bewertet Transparency International im Government Defence Anti-Corruption Index (GI) in den Kategorien A (sehr niedrig) bis F (kritisch).

Quelle: Transparency International: Government Defence Anti-Corruption Index

Kommentar

Alle drei Staaten sind vom illegalen Waffenhandel im Zuge des Konflikts in Afghanistan betroffen, der sich destabilisierend auf die gesamte Region auswirkt. Viele der Transportrouten in und aus dem Kriegsgebiet verlaufen durch die südkaukasische sowie zentralasiatische Region. So zieht sich eine der Haupttransitrouten für Drogen und illegale Waffen aus Afghanistan durch Turkmenistan. Kooperierte der ehemalige Präsident Nijasow im Rahmen des illegalen Waffen- und Opiumhandels noch mit den Taliban, kündigte sein Amtsnachfolger Berdimuhamedow an, den illegalen Handel eindämmen zu wollen. Dennoch ist anzunehmen, dass hochrangige Regierungsvertreter:innen weiterhin in den illegalen Handel involviert sind. So wurden die turkmenischen Behörden im März 2017 öffentlich von einem ehemaligen Gouverneur der afghanischen Provinz Herat beschuldigt, Waffen und militärische Ausrüstung an die Taliban zu liefern.

Turkmenistan berichtet sehr unregelmäßig an das UN-Waffenregister und hat zuletzt im Jahre 2010 einen Report eingereicht. Zwischen den in den Berichten dokumentierten Waffensystemen, die beispielsweise von russischer Seite exportiert und von Turkmenistan importiert wurden, existieren dabei erhebliche Diskrepanzen. Den internationalen Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty, ATT) hat Turkmenistan weder unterzeichnet noch ratifiziert. Auch Aserbaidshans und Kirgisistan gehören nicht

zu den Vertragsstaaten des ATT und haben zuletzt 2017 bzw. 2009 an das UN-Waffenregister berichtet. Auch hier zeichnen sich erhebliche Diskrepanzen zwischen den Zahlen, die in den nationalen Berichten angegeben wurden, und den tatsächlich importierten Waffensystemen ab.

Insbesondere im Zuge des Bergkarabach-Konflikts grassiert im Kaukasus der illegale Handel mit Waffen, speziell Kleinwaffen und leichten Waffen. Aber auch Großwaffensysteme gelangen, trotz Waffenembargo der OSZE, illegal nach Aserbaidschan. So identifizierten Militärbeobachter:innen in der Tschechischen Republik hergestellte DANA-M1 Kanonenhaubitzen sowie Mehrfachraketenwerfer vom Typ RM-70 im aserbaidischen Waffenarsenal. Obwohl der Export dieser Kriegswaffen zwischen 2016 und 2017 von den dafür zuständigen tschechischen Ministerien abgelehnt worden war, sollen sie Anfang 2018 illegal von der Czechoslovak Group Holding über Israel nach Aserbaidschan geliefert worden sein. Dabei war die israelische Firma Elbit als Endkunde verzeichnet. Die Waffensysteme wurden in Tel Aviv jedoch nicht entladen, sondern von dort direkt nach Baku transferiert. Der Transport erfolgte durch die staatliche Fluggesellschaft Silk Way, die Berichten zufolge vermehrt am illegalen Handel von Kleinwaffen in Kriegsgebiete beteiligt gewesen sein soll.

Die weit verbreitete Korruption innerhalb des aserbaidischen Sicherheitssektors bildet den Nährboden für den Schwarzmarkt für Waffen. So bewertet der Government Defence Anti-Corruption Index (GI) von Transparency International das Korruptionsrisiko im Verteidigungssektor als sehr hoch. Die gehandelten Waffen stammen dabei häufig aus alten Militärbeständen oder wurden aus lokalen Rüstungsunternehmen entwendet. Der Transit erfolgt häufig über die Kontakte und Handelsrouten der großen Drogenhändler:innen. Nicht nur für Drogen, sondern auch für Waffen verlaufen mittlerweile alle großen Transit- und Handelsrouten aus Afghanistan und dem Iran (nach Europa) durch Aserbaidschan.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden auch Waffensysteme aus kirgisischen Arsenalen auf dem Schwarzmarkt gehandelt. So waren im tadschikischen Bürgerkrieg von 1992 bis 1997 bspw. auch Kleinwaffen des kirgisischen Militärs im Einsatz, die illegal in die Konfliktregion transferiert wurden. Durch das Engagement der OSZE in Kirgisistan stellen der illegale Besitz und die Verbreitung von Kleinwaffen mittlerweile ein weniger ernsthaftes Problem dar, als in manchen anderen Staaten Zentralasiens. Dennoch ist auch in Kirgisistan Korruption ein massives Problem. Der Government Defence Anti-Corruption Index (GI) nimmt für Kirgisistan zwar keine Bewertung vor. Im Corruption Perceptions Index von Transparency International belegt Kirgisistan die 124. Position von 180 untersuchten Staaten.

Wirtschaftliche und technische Kapazität der Länder

Box 9

Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

Aserbaidschan	Kirgisistan	Turkmenistan
<p><i>Even though the economic downturn since 2014 – which has happened due to falling oil prices – has forced the government to pay attention to the country's poor economic diversification and mismanagement, these two problems, along with others, still pose serious problems for Azerbaijan's economic development. The May 2017 default of the state-owned International Bank of Azerbaijan, the largest lender in the country, delivered a serious blow to the image of Azerbaijan as foreign entities were among the bank's major investors. The international image of the country suffered further due to the involvement of former and current officials and deputies in various international corruption scandals and investigations. On March 10, 2017, the government of Azerbaijan withdrew from the Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) after the country was suspended from the EITI board the day earlier. Moreover, Azerbaijan's inactive status in the Open Government Partnership, a multilateral initiative aiming to secure commitments from</i></p>	<p><i>Besides the serious setback that the economy suffered from the Kazakh border closure and the decline in foreign direct investment in the midst of political turbulence, there were no other major economic shocks during the review period. Kyrgyzstan's membership in the Eurasian Economic Union proceeded with regular hiccups. For example, Kazakhstan and Russia turned Kyrgyzstan's exports back for non-compliance with the union's regulations. With the Russian economy coming to terms with and stabilizing after the imposition of Western sanctions on Russia in the wake of the Ukraine crisis, the earnings of Kyrgyzstani migrants in Russia bounced back having declined over the preceding two years, while the flow of people emigrating to Russia and sending remittances back to Kyrgyzstan began to grow again. The main economic challenge that dominated public debates in 2018 was the large amount of national debt owed to China, which was largely money China lent Kyrgyzstan to pay for major infrastructure projects</i></p>	<p><i>Since 2015, the country has experienced an economic and social crisis that has intensified from one year to the next. Turkmenistani people have suffered enormous losses of purchasing power and jobs. In addition, they suffer from poor medical care and rampant corruption. The population articulated, albeit quietly, its growing dissatisfaction with the social and economic situation. With tighter controls, further restrictions on the rights and freedoms of the population and threats of punishment for even the smallest offenses and infringements against the state, the government is a possible threat to social and political stability in the country. A growing number of people are emigrating for economic and political reasons. [...] A detailed description of the political and economic situation and an assessment of Turkmenistan's future development is difficult, due to scarce and often distorted official data. This also applies to information published by international financial institutions, which is usually</i></p>

Aserbaidtschan

governments to promote transparency, was twice extended – first in June 2017 and then in December 2018 [...]. However, there were also some important positive changes that contributed to the improvement of economic life. First of all, a liberalization of the visa system contributed to an unprecedented boost in tourism. There was also a string of changes to ministerial posts. While still limited in scope, these changes resulted in some notoriously corrupt officials being replaced by younger members of elite. The latest changes to the tax code and attempts to tackle corruption in customs might also contribute to improving the country's economy.

Kirgisistan

implemented by Chinese companies according to budgets drafted by the same Chinese companies. The failure of the Bishkek central heating plant, which was renovated using one such loan of nearly \$400 million, in the extremely cold January 2018 was the moment the country became aware of ill-spent Chinese loans. The event also became the reason for which several senior government officials were sentenced to prison [...]. Moving into 2019, political and economic life in Kyrgyzstan has been relatively stable, with little indication of significant improvements and a worsening of conditions quite possible.

Turkmenistan

based on these poor and biased official statistics.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 17

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)

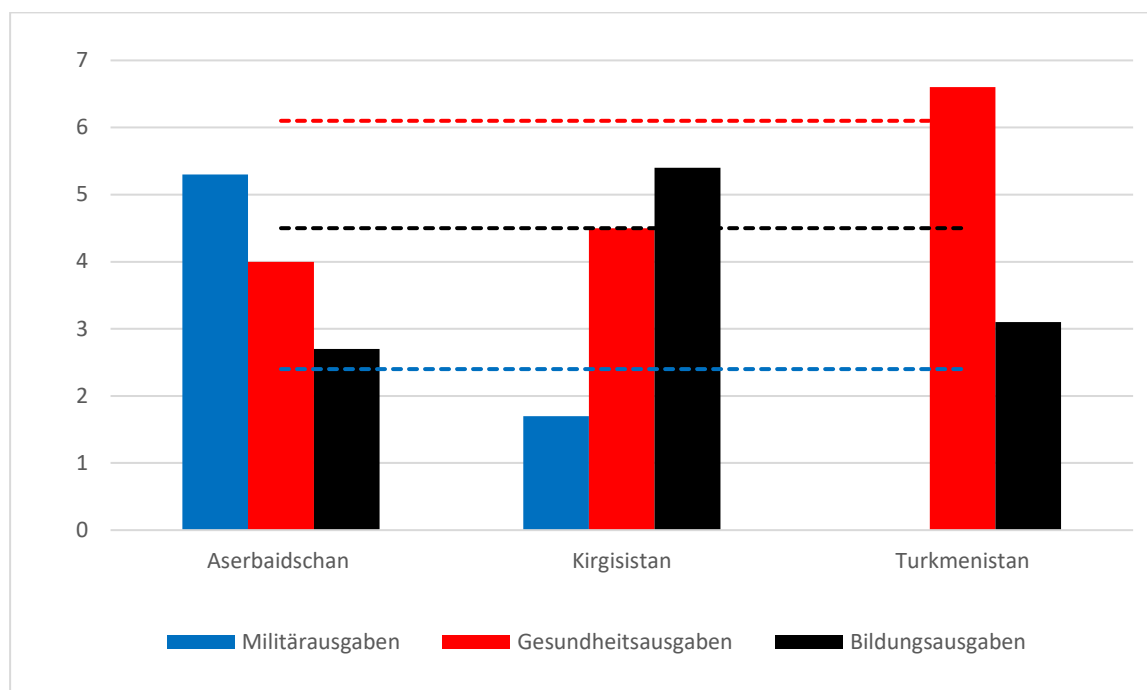
	Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2589	120	-
Militärausgaben/BIP	5,3	1,7	-
Gesundheitsausgaben/BIP	4,0	4,5	6,6
Bildungsausgaben/BIP	2,7	5,4	3,1

SIPRI-Angaben (für 2021) in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr. Die aktuellsten Zahlen der World Bank zu den Gesundheits- und Bildungsausgaben berücksichtigen das Jahr 2019.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database; World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 8

Anteil von Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP im Vergleich (in %)



Die gestrichelte Linie veranschaulicht den jeweiligen Durchschnitt in der eurasischen Region im Jahr 2019. Bei der Berechnung des Durchschnittswerts wurden folgende Länder berücksichtigt: Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan und die Ukraine.
Quellen: SIPRI Military Expenditure Database; World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 18

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	Aserbaidshan	Kirgisistan	Turkmenistan
Auslandsverschuldung	15840	8448	6516
Anteil am BIP (in Prozent)	33	99,9	14,4
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	130,9	137,95	11,51
Net ODA (% of GNI)*	0,29	1,76	-
Deutsche ODA Zahlungen*	26,81	29,35	1,58

Werte für das Jahr 2019. Angaben in aktuellen Preisen (Mio. US\$) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$

(2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019).
Quellen: World Bank; IMF; OECD*

Tabelle 19
Ausgewählte Indikatoren

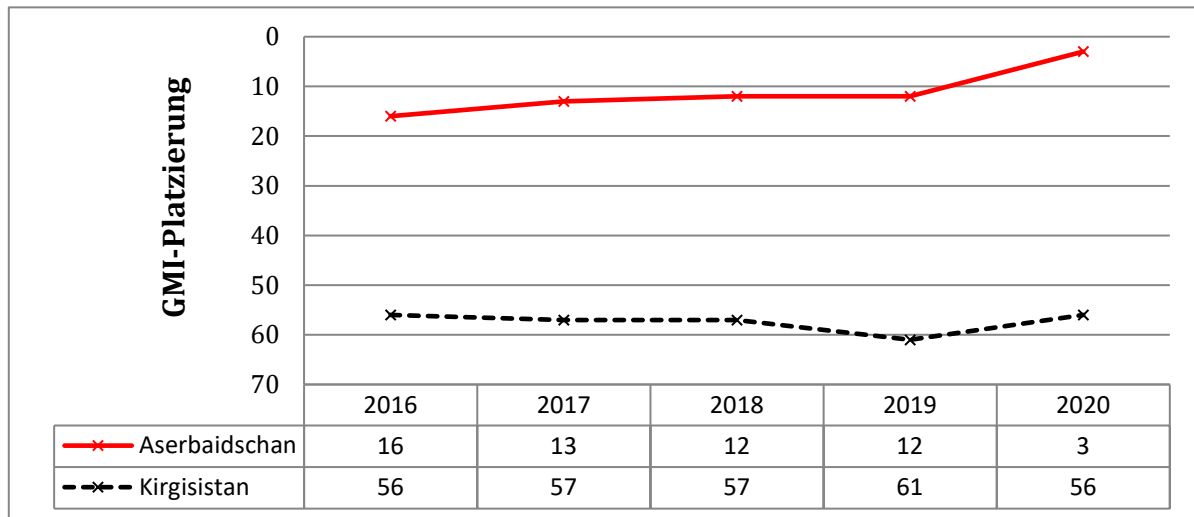
	Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Globaler Militarisierungsindex (GMI) 2021	389 (Δ 54,6)	208 (Δ 14,4)	-
Human Development Index (HDI) 2020	0,756	0,697	0,715
Bertelsmann Governance-Index 2020	4,0	4,56	2,32
Global Competitiveness Index (GCI) 2019	62,7	54,0	-

Quellen: Bonn International Centre for Conflict Studies: Globaler Militarisierungsindex; United Nations Development Programme: Human Development Index; Bertelsmann Stiftung: Bertelsmann Governance-Index; World Economic Forum: Global Competitiveness Index.

Der GMI bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Der GMI 2021 bildet die weltweite Militarisierung im Jahr 2020 ab. Der Wert Δ GMI gibt die jeweils aktuelle Militarisierungstendenz eines Staates an. Er errechnet sich aus der Differenz zwischen dem jeweils aktuellen GMI-Score und seinem Vorjahreswert. Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und o (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der Governance-Index ist ein Teilindex des Bertelsmann Transformationsindex und bewertet die Qualität der politischen Führung sowie wichtiger Nichtregierungsorganisationen hinsichtlich ihrer Leistung, Kapazität und Rechenschaftspflicht. Unter Berücksichtigung des jeweiligen Schwierigkeitsgrades wird die Regierungsleistung der Entscheidungsträger:innen eines Landes auf einer Skala von 0 (gescheitert oder nicht vorhanden) bis 10 (sehr gut) bewertet. Der GCI analysiert die künftigen Wachstumschancen einer Volkswirtschaft. Die Indexwerte reichen von 0 (sehr gering) bis 100 (sehr hoch). Darin fließen u. a. ein: Daten zur Infrastruktur, Gesundheit, Bildung, Effizienz der Gütermärkte, Arbeitsmarkteffizienz und der technologische Entwicklungsgrad.

Schaubild 9

Ranking im Globalen Militarisierungsindex (GMI), Trend 2016 – 2020



Da die SIPRI Military Expenditure Database für die turkmenischen Militärausgaben keine Zahlen zur Verfügung stellt, wird Turkmenistan im Ranking des Globalen Militarisierungsindex nicht berücksichtigt.

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies: Globaler Militarisierungsindex 2021

Kommentar

Aserbaidshan gehört zu den weltweit am höchsten militarisierten Ländern. Im Ranking des vom BICC berechneten Globalen Militarisierungsindex (GMI) 2020 lag das Land auf Platz 16; 2021 sogar auf Platz 3. Das bedeutet, Aserbaidshan stellt dem Militär im Verhältnis zu anderen Bereichen der Gesellschaft besonders viele Ressourcen zur Verfügung. Die wichtigste Triebkraft der hohen Militarisierung ist der Konflikt mit dem ebenfalls sehr hoch militarisierten Nachbarstaat Armenien (Platz 5 im GMI 2021). Von 2015 bis 2019 war ein deutlicher Rückgang der relativen Militärausgaben Aserbaidshans (5,5 auf 3,9 Prozent) zu beobachten, 2020 lagen die Ausgaben wieder bei 5,4 Prozent des BIPs, was auf den kurzen aber heftigen Krieg um die Region Nagorny-Karabach zurückzuführen sein dürfte.

Offenbar nahmen die gesunkenen Rohstoffpreise Einfluss auf den Staatshaushalt des stark vom Öl- und Gasexport abhängigen Landes. Mit einem HDI-Wert von 0,754 (Platz 88 im Gesamtranking des Human Development Index 2020) zählt Aserbaidshan aber immer noch zu den Ländern mit einer vergleichsweise hohen menschlichen Entwicklung. Das Risiko, dass die hohen Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen ist deshalb wohl relativ gering. Es sollte aber nicht außer Acht gelassen werden, dass sowohl der Anteil der Bildungs- wie auch der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP im Gegensatz zum Anteil der Militärausgaben unterhalb des regionalen Durchschnitts liegen.

Kirgisistan ist deutlich weniger stark militarisiert als Aserbaidshan. Laut GMI 2021 liegt es für das Jahr 2020 auf Platz 56 von insgesamt 150 berücksichtigten Ländern. Auch wenn die Anteile der Gesundheits- und Bildungsausgaben Kirgisistans am BIP über dem

regionalen Durchschnitt liegen, schneidet es hinsichtlich anderer sozio-ökonomischer Rahmendaten, wie etwa der Auslandsverschuldung und Indizes wie dem HDI oder dem Global Competitiveness Index, schlechter ab als Aserbaidschan. Sollte sich der Anteil der Militärausgaben am BIP, der im Jahr 2020 bei 1,8 Prozent lag, deutlich erhöhen, so besteht ein Risiko, dass dies zu Lasten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung geht.

Für Turkmenistan verfügen wir schon seit geraumer Zeit nicht mehr über verlässliche Angaben zu den Militärausgaben. Zuletzt konnte für das Jahr 2002 ein GMI-Wert berechnet werden (Platz 37 von 150). Eine aktuelle Einschätzung, inwiefern eine Erhöhung der Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes beeinträchtigen könnte, kann deshalb kaum abgegeben werden.